



Wolfgang Böhmer*

Wirtschaftspolitische Handlungsempfehlungen zum Aufbau Ost

Von allen Bundesländern war Sachsen-Anhalt wohl am stärksten betroffen vom wirtschaftlichen Umbruch nach der Wende. Die beiden dominierenden Industriezweige – der Schwermaschinen- und Anlagenbau sowie die Chemie – hatten in der damaligen Form keine Überlebenschance. Allein in Magdeburg arbeiteten noch 1989 fast 35 000 Menschen in Kombinat und Betrieben des Schwermaschinenbaus. Nur einer dieser Betriebe, der Förderlagenbauer FAM, ist auch heute in alter Personalstärke am Markt. Bis zur Jahrtausendwende sank die Zahl der Industriearbeitsplätze in Sachsen-Anhalt von rund 500 000 auf 100 000.

Die Ausfuhren Sachsens-Anhalts gingen bis 1989 zu rund 70% in den ehemaligen Ostblock, davon allein 57% in die Sowjetunion. Die unmittelbare Konfrontation der heimischen Wirtschaft mit dem Weltmarkt führte zum Zusammenbruch ehemals großer Kombinate. Die Produktionsanlagen waren meist veraltet, die Produkte nicht weltmarktfähig. Bereits 1990 lag die industrielle Bruttoproduktion weit unter der des Jahres 1985, bei nur knapp einem Drittel des westdeutschen Niveaus.

Diese erheblichen wirtschaftspolitischen Defizite erforderten eine sehr schmerzhafteste Strukturanpassung, die gut ein Jahrzehnt andauerte. Noch 2005 lag die Zahl der Erwerbstätigen um rund 30% niedriger als zu Wendezeiten. Seither steigt die Anzahl der Erwerbstätigen wieder leicht, aber kontinuierlich an; ein Prozess, der erst durch die Wirtschaftskrise 2009 gestoppt wurde.

* Prof. Dr. Wolfgang Böhmer ist Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt.

Große Aufbauleistung zeigt Wirkung

Die wirtschaftlichen Fakten belegen, welch große Aufbauleistung in den zurückliegenden 20 Jahren bewältigt wurde. Die Arbeitslosenquoten lagen schon einmal um die 25%. Zwischen 2005 und 2008 hat sich die Zahl der Arbeitslosen um rund ein Drittel verringert, die Arbeitslosenquoten haben sich gegenüber den schlechtesten Jahren fast halbiert. Der Rückstand zur Arbeitsproduktivität (BIP/Einw.) der westdeutschen Länder ist in den vergangenen Jahren von 65 auf 18% geschrumpft. Die Umsätze der Chemie, die zu Beginn der neunziger Jahre um 50% eingebrochen waren, sind wieder dreimal so hoch wie 1993. Auch der Maschinenbau hat zu alter Stärke zurück gefunden, allerdings mit einer fünffach höheren Produktivität und damit weit verringertem Beschäftigungseffekt.

Der Aufbau Ost ist eine Erfolgsgeschichte. Ermöglicht wurde er durch Milliardentransfers aus den westdeutschen Bundesländern. Seit 1995 haben die ostdeutschen Länder umfangreiche Mittel aus dem Solidarpakt I und II erhalten. Bis 2019 sind diese Zahlungen garantiert. Auch Sachsen-Anhalt ist aufgrund der noch geringen Steuereinnahmen wie andere finanzschwache Bundesländer auch im nächsten Jahrzehnt auf finanzielle Unterstützung zur Bewältigung teilungsbedingter Erblasten angewiesen. Vor dem Finanzausgleich lag die Finanzkraft Sachsen-Anhalts (ohne Umsatzsteuer) im Jahr 2008 bei rund 48% des gesamtdeutschen Durchschnitts, im finanzstärksten Hessen dagegen bei 132%. Mit dem Länderfinanzausgleich kommt Sachsen-Anhalt auf 95% des deutschen Durchschnitts.

Wie weit der durch die Wirtschaftskrise verursachte massive Steuerausfall dieses bewährte Prinzip des Finanzausgleichs schwächt, wird sich spätestens im Jahr 2010 zeigen.

Verringerung der Transferabhängigkeit

Mit der solidarischen finanziellen Unterstützung können die ostdeutschen Bundesländer ihre teilungsbedingten Defizite abbauen. Das ist, wie die wirtschaftlichen Fakten belegen, zu beträchtlichen Teilen gelungen. Da ist der vereinbarte Rückgang der Solidarpaktmittel durchaus angemessen, auch wenn er uns viel abfordert. Klar ist, die ostdeutschen Länder müssen ihre Gesamtausgaben anpassen an die bundesdeutsche Normalität. Bis zum Jahr 2020 werden zum Beispiel in Sachsen-Anhalt 17 000 der derzeit 60 000 Planstellen im Landesdienst wegfallen. Die Sonderaufgaben beim Aufbau Ost werden geringer, die Bevölkerungszahlen sinken. 2007 kamen auf 1 000 Einwohner noch 22,7 Landesbedienstete. 2020 soll dieses Verhältnis auf 19 Beschäftigte je 1 000 Einwohner sinken. Knapp ein Drittel unseres Landeshaushalts sind Personalkosten, das sind immerhin gut

3 Mrd. €. Das Geld, das hierdurch frei wird, brauchen wir dringend für Schulen und Wissenschaft, Kultur und Wirtschaftsförderung.

Alle Maßnahmen der Landesregierung zur Haushaltskonsolidierung zielen darauf ab, nach dem Auslaufen des Solidarpakts II im Jahr 2019 einen handlungs- und leistungsfähigen Staat organisiert zu haben. Ab 2020 muss Sachsen-Anhalt wie alle ostdeutsche Bundesländer in der Lage sein, selbstständig zu agieren, ohne Finanzspritzen von anderen Ländern.

Stärkung des wirtschaftlichen Wachstums

Der mitteldeutsche Wirtschaftsraum ist mittlerweile die am stärksten expandierende Region Deutschlands. Diese Entwicklung der vergangenen Jahre wird durch die Krise abgeschwächt, aber nicht gestoppt. Auch in Sachsen-Anhalt trägt das verarbeitende Gewerbe das wirtschaftliche Wiedererstarken. Im Vergleich zu anderen Bundesländern in West, aber auch Ost fehlt es hier allerdings an großen Unternehmen. Die Kleinteiligkeit der Wirtschaft – in Krisenzeiten durchaus ein Plus – belastet uns. Sie ist die Hauptursache für niedrigere Produktivität, geringere Exportquoten und Schwächen bei Forschung und Entwicklung.

Erst wenn diese »Unternehmenslücke« geschlossen ist, wird unser Land aus eigener Kraft handlungsfähig. Jeder Versuch einer Diskussion über ein vorzeitiges Auslaufen der »Gemeinschaftsaufgabe Ost« zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur ist kontraproduktiv. Ein Auslaufen der Investitionsförderung Ost würde Deutschland letztlich stärker finanziell belasten als die derzeit dafür bereitgestellten Mittel. Neben der Ansiedlung vor allem größerer Betriebe, die hier auch ihren Hauptsitz und ihren Bereich Forschung und Entwicklung einrichten, legen Erweiterungsinvestitionen bereits ansässiger mittelständischer Unternehmen beträchtlich an Umfang zu. Wir müssen den oft noch jungen Betrieben helfen, erwachsen zu werden, nach dem regionalen Markt auch den Weltmarkt zu erobern. Wir haben diese Firmen beim Start stark gefördert, jetzt sind viele von ihnen reif für höhere Ziele und größere Aufgaben.

Forschungslandschaft stärken

Das wird allerdings nur gelingen, wenn dahinter ein starkes Forschungs- und Entwicklungspotential steht. Das gilt sowohl für die Unternehmen selbst als vorrangig auch für institutionelle und akademische Forschungseinrichtungen. In seinem Bemühen, Forschung und Wirtschaft zusammenzuführen, erfährt das Land eine wertvolle Unterstützung durch Initiativen des Bundes, vorrangig aus dem Forschungs- und dem Wirtschaftsministerium. Dieser Weg,

Spitzenleistungen im Verbund von Forschung und Praxis über Wettbewerbe herauszufordern, bringt uns als Bundesland auf diesem entscheidenden Gebiet ein beträchtliches Stück voran. Was in den westdeutschen Bundesländern die großen Konzerne auf dieser Strecke leisten, müssen wir bei der Kleinteiligkeit unserer Wirtschaft mit staatlicher Hilfe kräftig anschieben.

Das heißt nicht nur mit Geld vom Bund oder aus Brüssel. Im Ansatz für den nächsten Landeshaushalt 2010/2011 mussten wir Dinge streichen oder rigoros kürzen, die eigentlich unerlässlich schienen für die Zukunft des Landes. Das gilt auch für die Investitionsförderung. Einig waren wir uns jedoch in einem Punkt: Die Fördermittel für Forschung und Entwicklung sollen sogar aufgestockt werden – für die einzelbetriebliche Förderung, vor allem aber für große neue und für das Land wichtige Forschungszentren für Automobilität in Magdeburg, das Chemisch-Biologische Prozesszentrum CBP in Leuna und das Fraunhofer Center für Silizium-Photovoltaik in Halle.

oder den Landeshaushalt mit deutlich höheren Kosten zu konfrontieren. Es war weit effektiver als alle Bemühungen um »Kommunal-Kombi«.

Wie sich zeigt, sind die Rezepte für eine erfolgreiche Fortführung des Aufbaus Ost bekannt. Wir brauchen sie nicht neu zu erfinden: Investitionen in die Infrastruktur, eine zielgerichtete Wirtschaftsförderung und vor allem Investitionen in Wissen und Forschung. Dazu eine schlanke und effiziente Verwaltung und eine sparsame Haushaltspolitik, die auch künftigen Generationen Spielräume belässt. Schließlich: die Wahrung des sozialen Elements der Marktwirtschaft, weil nur so Verwerfungen in unserer Gesellschaft vermieden werden können, die unsere Demokratie gefährden würden. Die Kunst ist, unter sich wandelnden Rahmenbedingungen diesen Grundsätzen treu zu bleiben. Dies versuchen wir in Sachsen-Anhalt und verlieren dabei unser Ziel nicht aus dem Auge: Das Land soll 2019 auf eigenen Füßen stehen.

Verringerung der Arbeitslosigkeit

Wichtigstes Ziel jeglicher Wirtschaftsförderung bleibt die weitere Verringerung der Arbeitslosigkeit. Es gab Zeiten, da waren die Quoten im Osten dreimal so hoch wie im Westen, jetzt sind sie »nur« noch doppelt so hoch. Dennoch finden wir weiter eine ungebrochen starke Abwanderung in Regionen, wo sich leichter Arbeit finden lässt. Wir sehen uns da mit einem Widerspruch konfrontiert: Es gibt, jedenfalls hier in Sachsen-Anhalt, gut 150 000 Arbeitslose – aber es deutet sich in den Unternehmen bereits ein Fachkräftemangel an.

In den vergangenen zwei Jahrzehnten hat sich immer wieder gezeigt, dass Probleme, die den Osten beschäftigen, bald auch Probleme des Westens sind. Wir müssen diese Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt ernst nehmen. Überall sind unter den Arbeitslosen viele, die sich nicht oder nur sehr schwer in den Arbeitsmarkt integrieren lassen, bei denen sich also die Arbeitslosigkeit zunehmend verfestigt. Gerade an diesem Teil der Arbeitslosen, die gering oder gar nicht qualifiziert sind, müssten sich vorrangig die arbeitsmarktpolitischen Instrumente ausrichten. Wir versuchen das als Land, gemeinsam mit der Bundesagentur für Arbeit. Nicht jeder von ihnen wird zum dringend gesuchten Facharbeiter. Umso mehr müssen wir Sorge tragen, diese Menschen in das aktive Arbeitsleben einzugliedern.

Gute Erfahrungen hat Sachsen-Anhalt mit dem Modellprojekt »Bürgerarbeit« gemacht. Es hat für bundesweite Anerkennung gesorgt, konnten doch Arbeitslose mit diversen Vermittlungshemmnissen in öffentliche, gemeinnützige Beschäftigung gebracht werden, ohne die Arbeitsverwaltung